



Berlin, 19.05.2010

Liebe Infobrief-Abonnenten,

Top-Thema der Woche war und ist die **Stabilisierung des Euro**. Die schwarz-gelbe Koalition und die Bundesregierung hat entschieden und schnell gehandelt, um eine Verschärfung der Krise entgegen zu wirken. Grundlage allen Handelns ist eine **Reform des europäischen Stabilitäts- und Währungspakts**. Die Abschwächung des Pakts unter Bundeskanzler Schröder 2004 war ein schwerer Fehler, der sich nun rächt. Gemeinsam mit den anderen Ländern der EU haben wir nun **innerhalb kürzester Zeit einen Rettungsschirm** in Höhe von 750 Milliarden Euro auf die Beine gestellt, um die Gefahren für den Euro und damit für die europäische Gemeinschaft abzuwenden. Angela Merkel hat es diesbezüglich in ihrer Regierungserklärung am Dienstag auf den Punkt gebracht, wenn sie sagt: „Es geht nicht mehr und nicht weniger um die **Bewahrung und Bewährung der europäischen Idee**.“ Klar ist auch, dass diejenigen an den Kosten beteiligt werden, die als Spekulanten zur aktuellen Situation beigetragen haben. Aus diesem Grund hat die Union mit dem **Verbot von Leerverkäufen** (<http://bit.ly/crtaqr>), das noch am selben Tag in Kraft trat, ein erstes Zeichen gesetzt. Mit der stärkeren **Regulierung von Hedge-Fonds** und einer **Finanzmarktsteuer** werden weitere Elemente den Weg zur Stabilisierung in der Euro-Zone stützen. Als Verbraucherpolitikerin werde ich dabei ein besonderes Auge darauf haben, inwieweit zum Beispiel Finanzinstitute höhere Kosten durch eine Transaktionssteuer unverhältnismäßig an die Verbraucher durchreichen.

Mitunter wurden diese Woche viele Stimmen laut, die schon immer gewusst haben, dass der Euro diese Entwicklung nimmt oder längst andere Maßnahmen getroffen hätten. Unter anderem forderte das Deutsche Institut für Wirtschaft eine drastische **Erhöhung der Mehrwertsteuer** von 19 auf 25 Prozent. **Das lehne ich ab!** Dies wäre ein Schock für die Verbraucher in unserem Land und würde den Konsum ins Stocken bringen. Gerade der ist aber wichtig für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Vorschläge über Teilaktivitäten zur Haushaltskonsolidierung sind wenig hilfreich - vor allem dann, wenn **nicht** ein Gesamtkonzept vorliegt und die **Ausgabenseite miteinbezogen** wird. Alles andere wäre ein Fass ohne Boden. Und genau deshalb setze ich mich für eine Verfassungsänderung zur nachhaltigen Durchsetzung der **Schuldenbremse** mit jährlichen Obergrenzen **in Rheinland-Pfalz** ein.

Im Anhang finden Sie wie gewohnt den Bericht unserer CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden aus dieser Sitzungswoche.

Herzliche Grüße,

Ihre Julia Klöckner

P.S.: Am **heutigen Abend** bin ich zu Gast **bei Phoenix zum Thema** „Google und Co - Internet außer Kontrolle“. **Ab 22.15 Uhr** diskutiere ich u.a. Jens Seipenbusch (Piratenpartei Deutschland), Astrid Herbold (Internetkritikerin) und Gerald Reischl (Journalist und Autor) sowie Sascha Lobo über die Chancen und Risiken des Web 2.0. Wiederholt wird die Sendung nochmals am morgigen Freitag um 00.00 Uhr. Mehr hierzu unter <http://www.phoenix.de/content/302955>.